

Pressemitteilung vom 16.09.2002

Wahlkämpfer Clement hält Weiterbau der DüBoDo von Bochum nach Velbert offen

Für die Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo erklären Eckhard Stratmann-Mertens und Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt als Sprecher:

Am Mittwoch, 18.09.02, will Ministerpräsident Clement in seiner Heimatstadt Bochum in den Bundeswahlkampf 2002 eingreifen. Zu seinen Lieblingsprojekten im Verkehrsbereich gehören neben dem „Metrorapid“ auch die Autobahnmaßnahmen der sog. **“Bochumer Lösung“ (A40-Ausbau, Westkreuz-Bau, DüBoDo-Weiterbau)**. Dieses Maßnahmenpaket hat er seinerseits bei der Bochumer SPD mit der Zusicherung durchgesetzt, mit dessen Umsetzung sei **der DüBoDo-Durchbau durch den Bochumer Süden über Hattingen bis Velbert vom Tisch.**

Die politischen Entscheidungen und tatsächlichen Entwicklungen der letzten Jahre weisen jedoch darauf hin, dass **mit der Umsetzung der „BO-Lösung“ gerade die Voraussetzungen für den DüBoDo-Durchbau bis Velbert geschaffen werden.**

Für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans im Jahr 2003 ist in der Überarbeitung des Bundesverkehrsministeriums, Stand Mai 2002, der **A44 (DüBoDo)-Weiterbau von Velbert nach Bochum (Sheffieldring)** weiterhin als Projekt des Landes NRW bei noch offenem Bedarfsvorschlag aufgeführt. Der DüBoDo-Durchbau soll also auf mittlere Frist weiter betrieben werden.

Auch für Wolfgang Clement ist entgegen anderslautender öffentlicher Beteuerungen der DüBoDo-Durchbau nicht vom Tisch. So hat er noch am 07.09.02 in einem Interview mit der Rheinischen Post erklärt: „Er (Metrorapid) muss alle zehn Minuten – in der Rushhour sogar alle sieben Minuten - verkehren, wenn die Menschen damit fahren sollen. Andernfalls werden sie nicht umsteigen, sondern weiter mit dem Auto fahren. **Dann müssten wir alternativ die A44 Düsseldorf-Bochum-Dortmund ausbauen.**“

Die **Bochumer Bevölkerung** – insbesondere entlang der DüBoDo-Trasse im Bochumer Süden – **hat einen Anspruch darauf, dass Clement noch vor dem Bundeswahltag seine wahren Absichten offen legt.** Dies umsomehr, als er die Planungen für die Maßnahmen der „BO-Lösung“ vorantreibt und noch 2002 Planungsrecht schaffen will.